

**Textbaustein:**

Von XXXXXX wurde Herrn/Frau XXXX ein privates Darlehen in Höhe von XXXXX € in Aussicht gestellt, so dass allen Gläubigern außergerichtlich eine Vergleichszahlung von einheitlich XXX% der jeweils mitgeteilten Gesamtforderung angeboten werden konnte.

Nachdem ein Gläubiger diesen Vergleichsvorschlag ablehnt, ist die gerichtliche Zustimmungsersetzung notwendig, um den Schuldenbereinigungsplan durchführen zu können. Durch dieses Verfahren entstehen zusätzliche Kosten. Diese werden wie folgt geschätzt:

XXXXXX

Da der Schuldner selbst zahlungsunfähig ist und deshalb auch die Verfahrenskosten aus dem Angehörigendarlehen beglichen werden müssen, verringert sich die Summe, die an die Gläubiger ausgezahlt werden kann, auf XXXX€.

Die geschätzten Verfahrenskosten wurden vom Zahlbetrag an den ablehnenden Gläubiger in Abzug gebracht, so dass auf dessen Forderung im gerichtlichen Schuldenbereinigungsplan (Anlage 7A) eine entsprechend verringerte Auszahlungsquote (XX %) entfällt.

Für alle übrigen Gläubiger beträgt die Barquote, ebenso wie im außergerichtlichen Vergleichsangebot, XX %.

**XXXXX hier bitte entsprechende Einträge ergänzen.**